



Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen zwei Wochen war es für mich krankheitsbedingt leider nicht möglich, Sie im Deutschen Bundestag zu vertreten. Dies fiel mir besonders schwer, wegen der schrecklichen Geschehnisse in Paris die Politik als Repräsentant unserer Gesellschaft gefordert wurde.

Über die sinnlosen Morde der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ bin ich zutiefst erschüttert. Mein Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer und den Verletzten. Richtig war es daher, dass der Deutsche Bundestag seine Solidarität zu Frankreich bekundete und unserem engen Partner zur Seite steht. Denn die deutsch-französische Freundschaft ist kein Schönwetterprojekt, echte Freundschaft zeigt sich gerade in schweren Zeiten.

Doch nicht nur Frankreich, unsere gesamte Zivilisation wird durch die Gräueltaten des „IS“ bedroht. Er will unserem Gesellschaftsmodell, dem die Freiheit des Einzelnen zugrunde liegt und das Minderheiten schützt, ein Ende bereiten und dieses durch eine pseudo-religiöse Terrorherrschaft ersetzen. Dabei kennt der „IS“ kein Tabu. Gespräche und Verhandlungen sind mit ihm unmöglich. Dem „IS“ muss mit den Mitteln, die der freien Welt zur Verfügung stehen, ein Ende bereitet werden. Hierzu gehört neben der Diplomatie und der Entwicklungszusammenarbeit auch das Militär. Deutschland als bevölkerungsreichster Staat in der Europäischen Union darf angesichts der aktuellen Lage nicht untätig bleiben.

Trotz meiner Abwesenheit ist es mir wichtig, dass Sie über die Geschehnisse im Deutschen Bundestag informiert werden. Mein Team in Berlin hat Ihnen daher in gewohnter Form die wichtigsten Beschlüsse und Ereignisse zusammengefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



KURZ UND BÜNDIG

15. November

Stunde der Besinnung zum Volkstrauertag, Wolfenbüttel

16. November

Gespräch mit Politik-
leistungskurs des
Gymnasiums im Schloss,
Wolfenbüttel

16. November

Treffen mit der Grotjahn-
Stiftung, Schladen

18. November

Podiumsdiskussion zum
Thema Sterbehilfe, Klinikum
Wolfenbüttel

20. November

Braunkohlessen CDU -
Ortsverband
Bruchmachtersen

21. November

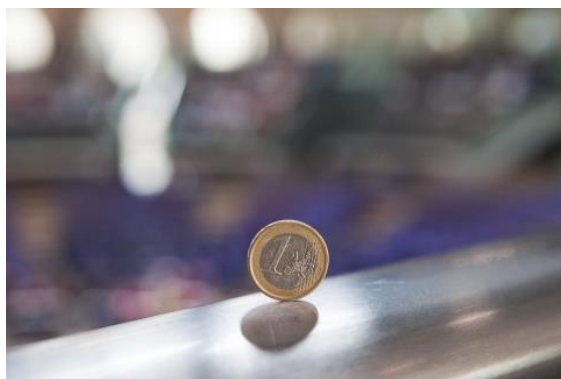
Vortrag beim 2.
Interdisziplinären Konsultativ-
Treffen zu möglichen
Mobbingbeweiserleichterung-
en, Salzgitter

21. November

Feierliche Übergabe des TSF-
W der Freiwilligen Feuerwehr
Cremlingen

Einer von uns in Berlin – Sitzungswochen vom 23. November bis 4. Dezember 2015

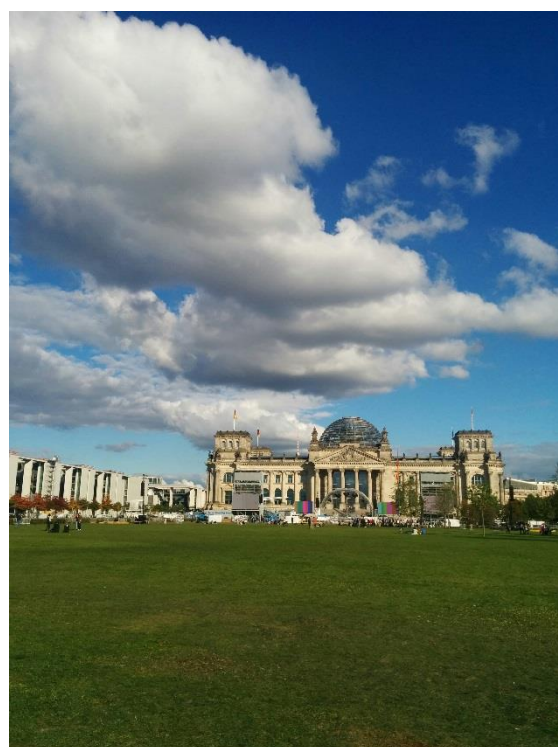
Bundshaushalt 2016 – starke parlamentarische Leistung. In der letzten Novemberwoche wurde der Bundshaushalt 2016 in seiner finalen Version beschlossen. Der Regierungsentwurf des Bundshaushalts 2016 stammte vom Juli und bildete die seitdem stark angestiegenen Flüchtlingszahlen noch nicht ab. Umso höher ist es einzuschätzen, dass in den parlamentarischen Beratungen unsere Ziele unverändert umgesetzt werden konnten und ein grundsolider Etat beschlossen wurde. Unsere Haushälter verdienen besonderen Dank.



Wir werden sämtliche Versprechen einhalten: Die schwarze Null steht im dritten Jahr in Folge, es gibt keine Steuererhöhungen und wir setzen sogar Steuererleichterungen um. Dass wir auf die größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung angemessen und ohne Neuverschuldung reagieren können, verdanken wir den umsichtigen Planungen unseres Finanzministers Dr. Wolfgang Schäuble und dem haushaltspolitischen Spielraum, den wir uns über Legislaturperioden hinweg durch disziplinierte Konsolidierung und zukunftsorientierte Umschichtung erarbeitet haben.

Zur Bewältigung der Flüchtlingskrise haben wir in den parlamentarischen Beratungen den Etat unseres Innenministers Dr. Thomas de Maizière gegenüber dem Regierungsentwurf kräftig um

gut 1 Mrd. Euro aufgestockt. Diese erheblichen Zusatzmittel kommen vor allem dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), der Bundespolizei und auch dem Technischen Hilfswerk zugute. Wir helfen den Kommunen, wir investieren in die Integration der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive und wir wollen die Asylverfahren beschleunigen. Zudem verstärken wir die Bundespolizei mit 3.000 neuen Stellen bis 2018, um etwa die Belastungen durch die Grenzkontrollen abzufangen. Insgesamt sehen wir umfangreiche Mehrausgaben von gut 7,8 Mrd. Euro für die Flüchtlings- und Asylpolitik vor.



Für 2016 haben wir eine beispielhafte Rücklage gebildet, die sich aus einem Überschuss von 6,1 Mrd. Euro in diesem Jahr speist. Dieses Polster erleichtert es uns, weiterhin auch die Wachstumskräfte zu stärken. Wie im Regierungsentwurf geplant, fließen die ersten Mittel des 10 Mrd. Euro schweren Investitionspakets. Ebenso werden steuerlicher Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag, Kindergeld



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



sowie Kinderzuschlag angehoben, und auch die sogenannte kalte Progression wird abgebaut.

Die Zukunftsorientierung des Bundeshaushalts 2016 zeigt sich einmal mehr im Etat unserer Bildungs- und Forschungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka, der gegenüber 2015 um rund 1,13 Mrd. Euro anwächst und sich auf insgesamt 16,4 Mrd. Euro bemisst. Hier schärfen wir unser Profil, indem wir zusätzliche 14 Mio. Euro für Verbesserungen beim Meister-BAföG bereitstellen.



Auch im Haushalt unseres Verkehrsministers Alexander Dobrindt schaffen wir weitere Grundlagen der Zukunftsfähigkeit. Unter anderem stellen wir aufgrund unserer Beratungen erstmalig für automatisiertes und vernetztes Fahren gut 41 Mio. Euro für die kommenden vier Jahre zur Verfügung.

Im neuen Haushaltsjahr werden wir alles daran setzen, dass aus den Soll-Werten auch Ist-Werte werden. Das wird eine große Herausforderung. Zuletzt hat beispielsweise der Bundesrechnungshof festgestellt, dass inzwischen „die Handlungsspielräume im Bundeshaushalt für zusätzliche finanzielle Zugeständnisse an die anderen Gebietskörperschaften weitgehend ausgereizt sind“. Wir werden alles daran setzen, dass die solide Finanz- und Haushaltspolitik ein Grundpfeiler unserer Politik bleibt.

Klimaschutzbericht 2015. Das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 sichert mit konkreten Maßnahmen in unterschiedlichen Handlungsfeldern das Erreichen des nationalen

Klimaziels für das Jahr 2020. Im Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 ist ein jährlicher Klimaschutzbericht der Bundesregierung vorgeschrieben. Mit ihm wurde über den Stand der Umsetzung des Aktionsprogramms berichtet. Im Klimaschutzbericht 2015 wird eine Vielzahl von bereits umgesetzten beziehungsweise in der Umsetzung befindlichen Einzelmaßnahmen dargestellt. Der Bericht zeigt, dass das Aktionsprogramm Klimaschutz erfolgreich umgesetzt wird und dass Deutschland auf dem Weg ist, das nationale Klimaszutzziel 2020 zu erreichen. Das ist insbesondere für den Klimagipfel in Paris ein wichtiges Signal.

Bundeswehreinsetzung in Syrien. Ausgelöst durch die menschenverachtenden Terroranschläge in Paris hat Frankreich alle EU-Mitgliedsstaaten um Beistand nach der EU-Beistandsklausel (Art. 42, Absatz 7 des EU-Vertrages) gebeten. Diesem Beistand kommt der Deutsche Bundestag nun nach; Deutschland steht solidarisch an der Seite seiner Partner und Freunde in Frankreich. Konkret hat Frankreich darum gebeten, den Kampf gegen den „IS“ mit RECCE-Aufklärungstornados zu unterstützen.

Rechtsgrundlage für diesen Bundeswehr-Einsatz ist Art. 24 Absatz 2 des Grundgesetzes in Verbindung mit Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen, dem Recht auf kollektive Selbstverteidigung. Für die Ausübung des Selbstverteidigungsrechts ist es auch nicht erforderlich, dass stets eine ausdrückliche Sicherheitsratsresolution nach Kapitel VII der VN-Charta vorliegt. Ziel des Bundeswehreinsetzes mit Tornado ist die Verhütung und Unterbindung terroristischer Anschläge.

Gesetz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Gefahren des Konsums von elektronischen Zigaretten und elektronischen Shishas. In erster Lesung befasste sich der Bundestag mit dem



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

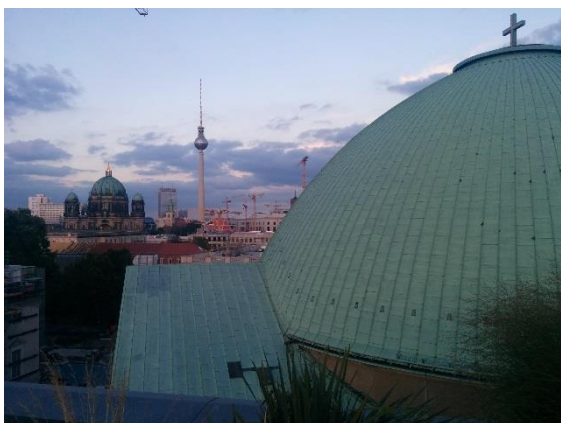
uwe.lagosky@bundestag.de

CDU

Gesetzentwurf der Bundesregierung, mit dem die Abgabe- und Konsumverbote des Jugendschutzgesetzes, die bislang nur für Tabakwaren gelten, auf elektronische Zigaretten und elektronische Shishas ausgedehnt werden sollen. Darüber hinaus sind Änderungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes vorgesehen, mit denen unter anderem zum Schutz der Kinder und Jugendlichen bei der Arbeit das Abgabeverbot von Tabakwaren auch für elektronische Zigaretten und elektronische Shishas gelten soll.

Jahresbericht 2014 des Wehrbeauftragten.

Schwerpunktt Themen im Jahresbericht des Wehrbeauftragten sind die Auswirkungen der Einsätze und der Neuausrichtung der Bundeswehr sowie die Vereinbarkeit von Familie und Dienst. Im letzteren Bereich gibt es nach wie vor Kritik. Viele Soldatinnen und Soldaten sehen ihre Familien nur am Wochenende und sind häufig für längere Zeit von ihren Familien getrennt. Die Kinderbetreuungssituation bleibt verbesserungsfähig. Positiv bewertet wird die Entwicklung in der Betreuung von Einsatzrückkehrern. Auch sei die Versorgung verwundeter Soldatinnen und Soldaten weiter verbessert worden. Insgesamt wird Handlungsbedarf weiterhin vor allem im Bereich des Sanitätsdienstes gesehen, der besonders für die Motivation der Soldaten im Auslandseinsatz eine zentrale Bedeutung einnimmt.



Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes.
Der Gesetzentwurf, den die CDU/CSU-

Bundestagsfraktion gemeinsam mit der SPD-Fraktion einbrachte, sieht verschiedene Änderungen im Bereich der Parteienfinanzierung vor. Unter anderem soll die Rechtsstellung als Partei wegfallen, wenn über sechs Jahre fortwährend gegen die verfassungs- und parteirechtliche Rechenschaftspflicht verstoßen wird. Auch sollen die Beiträge aus der staatlichen Teilfinanzierung für die bei Wahlen gewonnenen Stimmen und erhaltene Zuwendungen entsprechend der Preisentwicklung erhöht werden, da hier seit 2002 keine Anpassung mehr erfolgt ist. Die im Gesetz festgelegten Höchstbeträge, die der Staat jährlich den Parteien zulassen kann (absolute Obergrenze), bleibt unverändert. Das Vorhaben beriet der Bundestag in erster Lesung.

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Bausparkassen.

In zweiter und dritter Lesung wurde ein Gesetz beraten und beschlossen, das mit einer moderaten Flexibilisierung der Regelungen für das Bausparkassengeschäft auf die Herausforderungen des aktuellen Niedrigzinsumfelds reagiert. Im parlamentarischen Verfahren haben sich diverse Änderungen ergeben. So soll die Beleihungswertgrenze bei selbstgenutztem Wohnraum von 80 Prozent auf 100 Prozent erhöht werden. Damit werden Bausparkassen anderen Banken gleichgestellt, die bereits heute 100 Prozent Finanzierungen anbieten dürfen. Vor demselben Hintergrund wird die vorgesehene Versicherungspflicht für Bauwerke gestrichen, denn diese gilt ebenfalls nicht für „normale“ Banken. Auch die Anlagemöglichkeiten für Bausparkassen sollen noch erweitert werden: Künftig sollen sie fünf Prozent ihrer Kapitalanlagen unter engen Voraussetzungen in Aktien investieren dürfen.

Gesetz zur Neuregelung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes. Die hocheffiziente und klimafreundliche Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



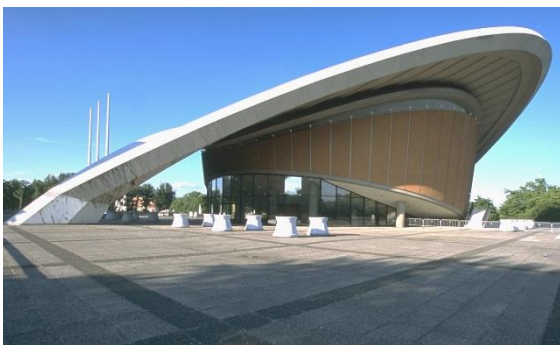
soll auch in Zukunft eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Energiewende spielen. Die geltende KWK-Förderung wird an aktuelle Erfordernisse wie vor allem das EU-Beihilferecht angepasst. Das Ausbauziel beziffern wir nunmehr auf 120 TWh bis 2025. Der Deutsche Bundestag beschloss die Reform zeitplangerecht in dieser Woche.

Bis zu 4.000 Euro Zuschuss für barrierefreies Wohnen. Seit Anfang des Jahres zahlen die Pflegekassen einen Zuschuss von bis zu 4.000 Euro pro pflegebedürftiger Person für eine Umbaumaßnahme. So soll die häusliche Pflege und das selbstständige Leben einer pflegebedürftigen Person erheblich erleichtert werden. Leben mehrere pflegebedürftige Personen in einem Haushalt, ist der Zuschuss auf 16.000 Euro begrenzt. Diese finanzielle Unterstützung haben bisher nur wenige Bürger in Anspruch genommen.

Für die Finanzierung wird vorausgesetzt, dass eine Pflegestufe vorliegt. Zu den bezuschussten Umbaumaßnahmen zählen z.B. der Einbau eines Treppenlifts oder der Einbau rutschhemmender Bodenbeläge. Die Zuschüsse beziehen sich jeweils auf eine Maßnahme und können bei der jeweiligen Pflegekasse beantragt werden. Diese stehen auch beratend zur Verfügung.

Wussten Sie schon...?

..., dass der Deutsche Bundestag auch schon in der Kongresshalle, dem heutigen Haus der Kulturen der Welt, getagt hat?



Daten und Fakten

Erwerbstätigkeit auf Höchststand. Im dritten Quartal 2015 waren nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 43,2 Millionen Menschen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig. Damit wurde ein neuer Höchststand bei der Erwerbstätigkeit seit der Wiedervereinigung Deutschlands erreicht. Im Vergleich zum dritten Quartal 2014 wuchs die Zahl der Erwerbstätigen um 343.000 Personen, was einem Plus von 0,8 Prozent entspricht. Gegenüber dem zweiten Quartal 2015 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 303.000 Personen oder 0,7 Prozent. Der Anstieg der Gesamterwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorjahresquartal entfiel weiterhin überwiegend auf die Dienstleistungsbereiche: Die größten absoluten Beschäftigungsgewinne gab es im Bereich Unternehmensdienstleister mit einem Plus von 138.000 Personen (plus 2,4 Prozent), gefolgt von Öffentlichen Dienstleistern, Erziehung und Gesundheit mit 134.000 Personen (plus 1,3 Prozent) sowie Handel, Verkehr und Gastgewerbe mit 83.000 Personen (plus 0,8 Prozent). Im Baugewerbe (minus 0,3 Prozent) sowie in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (minus 2,6 Prozent) sank die Zahl der Erwerbstätigen dagegen. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Krankenstand gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Krankenstand 2014 von 4,88 Prozent auf 4,75 Prozent leicht gesunken. Das geht aus dem aktuellen „BKK Gesundheitsreport“ hervor, bei dem die Daten aus der Gesundheitsversorgung für 9,1 Millionen Versicherte der Betrieblichen Krankenkassen analysiert wurden. Häufigste Gründe der Arbeitsunfähigkeitstage sind mit 26,8 Prozent Erkrankungen am Muskel- und Skelettsystem, gefolgt von psychischen Erkrankungen mit 15,7 Prozent und Beschwerden des Atmungssystems mit 13,2 Prozent. Insbesondere die psychischen Störungen werden dabei häufiger – dort haben



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



sich die Arbeitsunfähigkeitstage in den vergangenen zehn Jahren mit einem Plus von 129 Prozent mehr als verdoppelt. Nur ein Bruchteil aller Fälle von Arbeitsunfähigkeit ist auf Langzeiterkrankungen von mehr als sechs Wochen zurückzuführen; diese machten jedoch 2014 mit 47,5 Prozent fast die Hälfte aller Fehltag aus – ein Plus von 4,2 Prozent in den vergangenen zehn Jahren. (Quelle: BKK Gesundheitsreport)

Im Wahlkreis Salzgitter / Wolfenbüttel

Braunkohlessen der CDU Bruchmachtersen.

Auf Einladung von Maria Mämecke, der Vorsitzenden des CDU Ortsverbandes Salzgitter Bruchmachtersen, nahm ich als Referent an einem Braunkohlessen in guter Atmosphäre teil. Wir sprachen über die aktuelle Flüchtlingslage, aber auch über Themen wie die Gesetzgebung zur Sterbehilfe. Nach einer angeregten Diskussion mit den Anwesenden beantwortete ich noch weitere Fragen zur Solidargemeinschaft Europa und der Verteilung der Flüchtlinge. Es herrschte ein guter und sehr angenehmer Austausch zwischen den Teilnehmern. Gerne komme ich wieder nach Bruchmachtersen.



Besuch des Gymnasiums im Schloss in Wolfenbüttel. Vor kurzem besuchte ich den Leistungskurs Politik des Gymnasiums im Schloss in Wolfenbüttel. Zu dem Gespräch hatten mich

die Schüler und deren Lehrerin Frau Schinke eingeladen.

Mit ihnen redete ich über aktuelle politische Themen und über mein Bundestagsmandat. In dem Gespräch erfuhr die Klasse von meiner Arbeit im Wahlkreis Salzgitter/Wolfenbüttel und von den Abläufen im Bundestag. Anschließend tauschten wir uns über verschiedene politische Themen aus. Besonderes Interesse hatten die Schüler an dem Rentenpaket und der Generationengerechtigkeit. So beantwortete ich Fragen zur Erhöhung der Mütterrente, dem Fachkräftemangel, der Erwerbsminderungsrente sowie zur Flexi-Rente.

Nach einer angeregten Diskussion sprachen wir abschließend noch über Jugendliche und ihre Einstellung zur Politik. Vor allem das politische Engagement der anwesenden Schüler in Vereinen, Verbänden oder ehrenamtlichen Tätigkeiten interessierte mich sehr.



Besucherguppen

Diese Woche besuchte ein „Integrationskurs mit Alphabetisierung“ aus Wolfenbüttel den deutschen Bundestag in Berlin. Der Besuch war auf Wunsch der Kursteilnehmer zustande gekommen, die sehr gerne einen Einblick in die Arbeitsweise eines Bundestagsabgeordneten erhalten wollten. Da mir eine Teilnahme nicht möglich war, nahmen meine Mitarbeiter die Gruppe in Empfang.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de





Nach dem Besuch einer Plenarsitzung fand ein Gespräch über die Tätigkeiten eines Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis und in Berlin statt. Neben dem Ablauf einer Arbeitswoche wurde auch über aktuelle politische Themen wie die Integration von Flüchtlingen sowie das Angebot von Integrations- und Sprachkursen gesprochen. Vor allem sprachlich war der Ausflug für die Teilnehmer eine echte Herausforderung. „Viele Vokabeln waren für uns noch unbekannt und haben den Austausch erschwert. Trotzdem erhielten wir einen guten Einblick hinter die Kulissen des Deutschen Bundestages“, so die Gruppe.

Unter der Leitung von Annette Beigel und Dorota Olszewska-Oye wurden die Teilnehmer dieses Kurses in den letzten Monaten mit der deutschen Sprache und Kultur vertraut gemacht sowie alphabetisiert. Nach etwa 900 Stunden hätten die Kursteilnehmer ein Grundverständnis der deutschen Sprache und Schrift erlangt. Dies

genüge nicht für den direkten Einstieg in die Arbeitswelt, schaffe aber eine gute Grundlage. Integrationskurse mit zusätzlicher Alphabetisierung sind deshalb sehr wichtig, da es unter den Zuwanderern viele gibt, die mit Buchstaben noch nicht vertraut sind. Verdeutlicht hat dieses Gespräch zudem, dass besonders die Lehrkräfte solcher Kurse bedeutende Integrationsbeiträge für unsere Gesellschaft leisten.

Abgerundet wurde das Programm durch ein Essen im Besucherrestaurant des Deutschen Bundestages und die Besichtigung der Kuppel. Künftig wollen wir solche Besuche auch mit weiteren Integrationskursen ermöglichen.

Zum Schluss, doch nicht das Letzte



Halbzeit im Praktikum. Seit knapp drei Wochen hat unser Bundestagsbüro ein neues Mitglied: Praktikantin Hannah Ruppelt aus Braunschweig. Die frischgebackene Bachelorabsolventin ist fünf Wochen lang Praktikantin in meinem Berliner



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Abgeordnetenbüro. Hannah hat europäische Verwaltungswissenschaften in den Niederlanden studiert und möchte im kommenden Jahr einen Master in Berlin machen. „Berlin ist super – hier fühle ich mich wohl“, sagt unsere Praktikantin. Sie habe schon zahlreiche Eindrücke sammeln können und viel Neues gelernt.

**Uwe Lagosky MdB**

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU